

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 8.Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011**

**am Donnerstag, den 30.11.2006.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr**

**Sitzungsende: 21:30 Uhr**

**Anwesend:**

**Von der SPD-Fraktion:**

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Kurt Barth, Werner Knobloch, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Tanja Kraft (ab 20.20 Uhr), Barbara Muzzolini, Hans-Herbert Pletsch, Lothar Potthoff, Lothar, Jürgen Rabenau

**Von der CDU-Fraktion:**

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Heike Sauer, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

**Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Ansgar Kraiker (ab 20.30 Uhr)

**Von der FDP-Fraktion:**

Gunter Heuser

**Von der FBW-Fraktion:**

Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender), Helle Grün, Winfried Laucht, Hans-Heinrich Schmidt

**Es fehlten:**

**Von der SPD-Fraktion:** Reiner Sauer

**Von der FDP-Fraktion:** Dr. Olaf Stiller

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Volker Muth, Stefan Bug (I. Beigeordneter), Reinhard Karber, Rainer Tägl, Kurt Wenz, Dagmar Kemmerling, Helmut Wenz

**Es fehlten:**

Gerhard Baier, Frank Dieffenbach, Karl-Heinz Kraft, Irene Loizides, Karl-Heinz Schimpf

**Schriftführerin:** Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Niederschrift Nr. 3 vom 03.07.2006 und Nr. 7 vom 28.09.2006**

3. **Vorlage der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 und Entlastung des Gemeindevorstandes**
4. **I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2006**
5. **Haushaltssatzung 2007 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**
6. **Bebauungsplan Nr. 06.16 „Am roten Weg“ in Niederweimar (1. Bauabschnitt)  
a) Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB  
(Offenlegungsbeschluss)**
7. **Antrag der SPD-Fraktion: Überarbeitung der Vergaberichtlinien für die gemeindeeigenen Baugrundstücke**
8. **Antrag der FDP-Fraktion auf Änderung der Abfallsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**
9. **Antrag der CDU-Fraktion auf Prüfung, ob zweimal jährlich eine kostenfreie Astschnittabfuhr eingerichtet werden kann**
10. **Initiativpapier zur Entwicklung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Region „Marburger Land“ im Landkreis Marburg-Biedenkopf**
11. **Planung des Kindergartenneubaus in Niederweimar  
Beratung und Beschlussfassung über die alternativen Planungen**
12. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;  
Bericht des Bürgermeisters**
13. **Anfragen  
a) Schriftliche Anfrage des Gemeindevertreters Winfried Laucht, FBW, vom 09.11.2006 zur Arbeitsgruppe 2020**
14. **Verschiedenes**

#### **Inhalt der Verhandlungen:**

##### **1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Schriftführerin und die Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren zunächst 27 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Folgenden Mitgliedern der Gemeindevertretung bzw. des Gemeindevorstandes gratulierte der Vorsitzende zum Geburtstag: Frau Barbara Muzzolini, Frau Tanja Kraft, Frau Doris Knobloch, Frau Dagmar Kemmerling, Herrn Lothar Potthoff und Herrn Kurt Barth.

##### **2. Niederschriften Nr. 3 vom 03.07.2006 und Nr. 7 vom 28.09.2006**

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift Nr. 3 vom 03.07.2006 in der vorliegenden Fassung.

**Abstimmungsergebnis:** 24 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift Nr. 7 vom 28.09.2006 in der vorliegenden Fassung.

**Abstimmungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**3. Vorlage der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 und Entlastung des Gemeindevorstandes**

Drucksache 10/20/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt- Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, berichtete über die Beratungen im Ausschuss. Unklarheiten bzw. offene Fragen seien von Herrn Bürgermeister Muth beantwortet worden.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle der Gemeindevertretung, dem Gemeindevorstand zur Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung zu erteilen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Gemeindevorstand zur Jahresrechnung für das Jahr 2005 Entlastung zu erteilen.

**Beratungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen

**4. I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2006**

Drucksache 20/6/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, berichtete, dass im Ausschuss der Entwurf der Haushaltssatzung 2006 seitenweise beraten wurde und Bürgermeister Muth zu offenen Fragen Stellung nahm.

Hinsichtlich der Anmerkung von Herrn Potthoff im Ausschuss, dass der Haushaltsansatz für die Beförderung der Kinder zum Kindergarten Oberweimar im Verhältnis zur Anzahl der Kinder sehr hoch sei und daher eine günstigere Lösung gesucht werden solle, antwortete Bürgermeister Muth, so Herr Steiß, dass eine Angebotseinziehung erfolgt sei und der Gemeindevorstand das günstigste Angebot genutzt habe.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses erklärte, dass der Ausschuss der Gemeindevertretung empfehle, den vorliegenden Entwurf des I. Nachtrages zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 mit seinen Anlagen zu beschließen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den I. Nachtrag zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan).

**Beratungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

## 5. Haushaltssatzung 2007 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)

Drucksache 20/7/2006/06-11

Bürgermeister Muth führte aus, dass die optimistischen Meldungen hinsichtlich der Verbesserung der Finanzen der Kommunen nicht für die Gemeinde Weimar zutreffend seien. Die Gemeinde müsse aufgrund der angehobenen Kreis- und Schulumlage etwa 109.000,-- € mehr aufwenden. Diese Entwicklung mache alle Sparpläne der Gemeinde zunichte. Insgesamt betrage die Kreis- und Schulumlage, die die Gemeinde aufzuwenden habe, 2.591.900,-- €.

Weiterhin werde die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 % die Gemeinde rund 100.000,-- € kosten. In diesem Zusammenhang, so Herr Muth, appelliere er an alle verantwortlichen Politiker, dass diese finanzielle Entwicklung der Basis, nämlich den Kommunen, schade. In dem vorliegenden Entwurf seien bisher nicht berücksichtigt die Veränderungen nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz bzw. des Bambiniprogrammes, da diesbezüglich noch Informationen fehlten.

Zum Verwaltungshaushalt könne gesagt werden, dass sich in den letzten knapp 25 Jahren das Gesamtvolumen verdreifacht, die Schlüsselzuweisungen verdoppelt und die Einnahmen aus Gebühren vervierfacht hätten.

Bürgermeister Muth sprach sodann einzelne Positionen an. So seien 12.000,-- € im Bereich der Feuerwehr (für Atemschutzgeräteträger) in Wolfshausen eingestellt worden. Weiterhin sei im Bereich der Feuerwehr aufgrund eines Mietvertrages für die Unterstellmöglichkeit des Fahrzeuges ein Betrag von 7.500,-- € aufzuwenden. Im Ausbildungsbereich der Feuerwehren werde ein Betrag von 13.000,-- € notwendig, da eine gute Ausbildung für die Sicherheit der Feuerwehrfrauen- und -männer unabdingbar sei.

Eine weitere Anhebung sei im Bereich der Gemeindeparterschaften erfolgt. In diesem Zusammenhang verweise er auf einen Termin am 21. 04. 2007, bei dem im Rahmen des Besuches der polnischen Partnergemeinde im Bürgerhaus Roth ein gemeinsamer Abend geplant sei. Keine Veränderungen seien im Bereich des Gemeindearchives vorgenommen worden, ebenfalls nicht bei den Vereinen und der Seniorenbetreuung.

Für die „Alte Kirche“ sei für Renovierungsmaßnahmen ein Betrag von 3.000,-- € berücksichtigt. Im Bereich der Jugendarbeit habe die Gemeinde mit veränderten Ansätzen der Erweiterung der Ferienbetreuung Rechnung getragen. Die Gemeinde Weimar sei inzwischen diesbezüglich führend im Landkreis und gehöre damit zu den familienfreundlichsten Kommunen im Kreisgebiet.

Im Bereich der Kommunalen Kindergärten müsse eine Beitragsanpassung durchgeführt werden, nicht zuletzt wegen der rückläufigen Gesamteinnahmesituation. Die Kindergärten nähmen inzwischen einen Gesamtanteil von 10 % des Verwaltungshaushaltes ein, und die Zuschussentwicklung sei stetig steigend. Insgesamt könne aber auch den Familien ein deutlich verbessertes Angebot in den Kindergärten unterbreitet werden, z.B. durch das Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren.

Im Bereich der Sportförderung werden die Vereine weiterhin konstant unterstützt. Für die Unterhaltung der Gemeindestraßen seien lediglich 15.000,-- € eingeplant, die

Ansätze im Wasserbau seien unverändert. Der jährliche Beitrag an den Abwasserverband sei mit 375.000,-- € vermindert worden, während sich die Beiträge an den Lahn-Ohm-Verband auf einem gleichbleibenden Niveau entwickeln.

Bezüglich der Abwasserbeseitigung, die mit über 1 Mio. € zu Buche schlage, haben sich im Vergleich zu 2006 keine Veränderungen ergeben. Die Gemeinde nehme hinsichtlich der Abwassergebühren einen guten 4. Platz im Landkreis Marburg-Biedenkopf ein. Gleiches gelte für den Bereich der Abfallbeseitigung.

Allerdings liege die Gemeinde im Gebührenhaushalt „Bestattungswesen“ auf einem der letzten Plätze, was bedeute, dass im Bereich der Friedhofsgebühren eine Kostennivellierung erfolgen müsse.

Die Zuschusshöhe für die Bürgerhäuser sei auf 380.000,-- € angestiegen, was hinsichtlich der finanziellen Situation für die Gemeinde inakzeptabel sei. Die Gemeindevertretung sei aufgefordert, Konzepte zur Verbesserung der Einnahmesituation zu entwickeln.

Hinsichtlich der Gewerbe- und der Einkommensteuer werde für 2007 ein leichter Anstieg prognostiziert. Inwieweit diese Vorhersage eintrete, bleibe abzuwarten.

Bezüglich der Situation im Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach ergebe sich eine positive Darstellung: Ein neuer, produzierender Betrieb werde sich ansiedeln, der entsprechende Bauantrag sei gestellt. Ein vorhandener Betrieb werde eine weitere Produktionsstraße errichten und dadurch ein deutliches Zeichen hinsichtlich der Standortfrage geben, die maßgeblich mit dem Erhalt der Arbeitsplätze zusammenhänge.

Leider, so Bürgermeister Muth, werde zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 269.600,-- € notwendig. Der Verwaltungshaushalt summiere in Einnahme und Ausgabe auf 8.930.300,-- €, der Vermögenshaushalt sei ausgeglichen in Einnahme und Ausgabe und beziffere sich auf 3.978.300,-- €.

Es werde eine Kreditaufnahme in Höhe von 2.249.100,-- € notwendig, welche im Wesentlichen mit 2,2 Mio. € für den geplanten Neubau des Kindergartens vorgesehen sei, dessen Bau dringend realisiert werden müsse. Sodann gab Herr Muth einzelne Positionen des Vermögenshaushaltes bekannt.

Bürgermeister Muth sprach die seit Jahren in der Diskussion befindliche und vorgesehene Gemeindefinanzreform an, die, wie er meine, von Jahr zu Jahr in immer weiterer Ferne rücke. Inwieweit sich die neue Bundesregierung mit dem Problem der Gemeindefinanzen beschäftige, bleibe abzuwarten.

Die Schwerpunkte des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes lägen im Bereich der Feuerwehr, und hier im Bereich der Fahrzeuge. Es müsse gewährleistet sein, dass die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer mit einem guten Handwerkszeug ausgerüstet seien.

Die Vereine könnten sich nach wie vor auf die Unterstützung durch die Gemeinde verlassen und dem Bereich der Jugendarbeit sei hiermit ebenfalls aufgrund des verbesserten Betreuungsangebotes Rechnung getragen.

Den Kindergarten Niederweimar bezeichnete Bürgermeister Muth als Sorgenkind. Zumindestens haushälterisch sei er nunmehr auf dem Weg. Weitergehende Planungen für den Neubau würden im I. Quartal 2007 im Parlament zu beraten sein, wenn bis dahin alle notwendigen Unterlagen und Kostenvoranschläge vorlägen. Ein entsprechender Grundsatzbeschluss, so Herr Muth weiter, solle dennoch in der Dezembersitzung im Parlament gefasst werden.

Zur Unterstützung und um die Gemeinde für Familien attraktiv zu machen, werde die Gemeinde Bau- und Gewerbegebiete ausweisen.

Besonders lobend hob der Bürgermeister die engagierte Mitarbeit und die Eigenleistungen von vielen Bürgerinnen und Bürger aus den Ortsteilen hervor. Es habe dadurch einiges realisiert werden können, was ansonsten dem Rotstift zum Opfer gefallen wäre. Er appelliere daher an alle Ortsvorsteher, Ortsbeiräte, Vereinsvorstände, Übungsleiter, Vereinsmitglieder und alle anderen ehrenamtlich Tätigen, nicht nachzulassen in ihrem Engagement.

Die Ortsbeiräte bat er um Verständnis, wenn viele, sicher berechnete Wünsche der Ortsteile aufgrund der Finanzlage nicht zu realisieren seien.

Dennoch würden die Gremien sehr genau prüfen, was man sich leisten könne und wolle. Haushaltskonsolidierung sei oberste Aufgabe, auch wenn das nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte abgehe.

Bürgermeister Muth bedankte sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die mit sehr viel Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit den Entwurf des vorliegenden Haushaltes erstellt hätten.

Herr Muth bat, den vorliegenden Entwurf zur Beratung an den zuständigen Ausschuss zu überweisen.

Er wünschte allen, auch im Namen des Gemeindevorstandes, eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit den Anlagen (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 24.01.2007 zu überweisen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

6. **Bebauungsplan Nr. 06.16 „Am roten Weg“ in Niederweimar (1. Bauabschnitt)**  
**a) Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB**  
**(Offenlegungsbeschluss)**  
Drucksache 40/24/2006/06-11

Die stellvertretende Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Frau Heike Sauer, erklärte, dass bereits in der Gemeindevertreterversammlung vom 28.09.2006 von den Beratungen in der Ausschusssitzung vom 19.09.2006 berichtet wurde. Die Beschlussfassung sei vertagt worden, da kein gültiger Bauplanungsentwurf vorgelegen habe.

Herr Potthoff (SPD) monierte, dass die Planung bereits offen gelegt wurde, obwohl noch nicht alle konfliktträchtigen Situationen ausreichend besprochen wurden. Wenn man von einer kinderfreundlichen Gemeinde spreche, sollte in dem Planungsgebiet zumindestens ein Kinderspielplatz vorgesehen werden. Außerdem enthalte der vorgelegte Bebauungsplanentwurf sachliche Fehler.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Stephan Wenz, meinte, dass man nun in die Offenlegung gehen solle, um nicht noch mehr Zeit verstreichen zu lassen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Bebauungsplan einschl. Begründung öffentlich auszulegen sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen und gleichzeitig die Abstimmung mit den Nachbargemeinden durchzuführen.

**Beratungsergebnis:** 23 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen

**7. Antrag der SPD-Fraktion: Überarbeitung der Vergaberichtlinien für die gemeindeeigenen Baugrundstücke**

Drucksache 10/17/2006/01-06

Hier berichtete ebenfalls die stellvertretende Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Frau Sauer. Sie verwies auf die im Ausschuss erarbeiteten Änderungen bzw. des vorliegenden Entwurfes der Vergaberichtlinien. Der Ausschuss empfehle dem Parlament nun die Beschließung des überarbeiteten und im Ausschuss beschlossenen Entwurfes.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, berichtete, dass der Ausschuss den erarbeiteten Entwurf des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses zur Beratung vorliegen hatte. Dem Antrag aus dem Ausschuss auf Übernahme des erarbeiteten Entwurfes aus dem Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss wurde zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle daher der Gemeindevertretung, den im Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss erarbeiteten Entwurf der Vergaberichtlinien zu beschließen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den im Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss überarbeiteten und im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beratenen vorliegenden Entwurf der Vergaberichtlinien

**Beratungsergebnis:** 28 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**8. Antrag der FDP-Fraktion auf Änderung der Abfallsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache 30/9/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, berichtete, dass im Ausschuss leider kein Vertreter der antragstellenden Fraktion anwesend war, so dass weitere Ausführungen nicht gemacht wurden.

Die Mitglieder des Ausschusses seien sich einig darüber gewesen, dass der Inhalt des Antrages den Zielen der aktuellen Abfallsatzung zuwiderlaufe und es nicht Intension des Parlamentes sein könne, den Bürgern mehr Müllvolumen zur Verfügung zu stellen.

Diskutierfähig sei, so die Meinung des Ausschusses, über eine finanzielle Entlastung von kinderreichen Familien nachzudenken.

Der Ausschuss empfehle daher dem Parlament, den Antrag der FDP-Fraktion auf Änderung der Abfallsatzung abzulehnen.

Herr Gunter Heuser (FDP) erklärte, dass Herr Dr. Stiller aus beruflichen Gründen leider weder an der Ausschusssitzung noch an dieser aktuellen Parlamentssitzung teilnehmen konnte. Seine Fraktion akzeptiere die Entscheidung des Parlamentes und werde über eine Modifizierung des Antrages nachdenken bzw. einen neuen Antrag stellen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Antrag der FDP-Fraktion auf Änderung der Abfallsatzung.

**Beratungsergebnis:** 28 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

**9. Antrag der CDU-Fraktion auf Prüfung, ob zweimal jährlich eine kostenfreie Astschnittabfuhr eingerichtet werden kann**

Drucksache 60/6/2006/06-11

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Jost-Hendrik Kisslinger, stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wonach max. zweimal pro Jahr, z.B. im Frühjahr und im Spätherbst, eine Astschnittabfuhr in der Gemeinde Weimar (Lahn) kostenfrei für die Bürgerschaft eingerichtet wird.

**Begründung:**

Der seit Jahren etablierte und in der Bevölkerung angenommene Schredderplatz wurde vor kurzem ohne eine angemessene Vorankündigung geschlossen. Damit falle auch die ursprünglich zu Gunsten der Bürgerschaft errichtete Möglichkeit ersatzlos weg, kostengünstig Astschnitt abliefern zu können. Seitens des Gemeindevorstandes sei außer dem Verweis auf die Deponie in Cyriaxweimar keine Alternative vorgelegt worden. Der Antrag seiner Fraktion soll dazu dienen, der Bürgerschaft zumindestens zweimal jährlich die Möglichkeit zu geben, Astschnitt vor Ort entsorgen zu können. Dies könne, so Herr Kisslinger, z.B. im Rahmen der Abholung des Biomülls geschehen, wobei dann Größen für die Bündel des Astwerkes festgelegt werden müssten.

Frau Muzzolini führte aus, dass sie die Begründung des Antrages, dass der Schredderplatz ohne angemessene Zeit der Vorankündigung geschlossen worden sei, nicht nachvollziehen könne. Nach ihrem Kenntnisstand werde bereits seit 2 Jahren im Mitteilungsblatt der Gemeinde Weimar auf die beabsichtigte Schließung hingewiesen.

Der Vorsitzende der FBW-Fraktion, Herr Hans J. Heuser, zeigte Unverständnis für die Äußerung von Frau Muzzolini und betonte, dass hier der Gemeindevorstand lediglich aufgefordert werde, ein Konzept vorzulegen.

Herr Potthoff (SPD) bekräftigte, dass der richtige Weg sicherlich der sei, dass der Gemeindevorstand ein Konzept erarbeite und dem Parlament zur Beschlussfassung, möglichst über den Ausschuss, vorlege. Inhalt des Konzeptes müsse auch sein, zu prüfen, inwieweit eine kostenfreie Abfuhr leistbar sei.

Herr Kraiker (Bündnis 90/Grüne) meinte ebenfalls, dass hier einige Punkte zu beachten seien. Ihm sei bekannt, dass z.B. in der Stadt Marburg die Astschnittabfuhr, ähnlich wie bei der Sperrmüllabfuhr, angemeldet werden müsse und gegen Gebühr abgeholt werde.

Eine zweimal jährliche kostenfreie Abfuhr des Astschnittes sei sicherlich eine Überforderung der Gemeinde.

Herr Steiß (CDU) betonte, dass es nicht darum gehe, übermäßig Kosten zu produzieren. Es geht darum, dass Alternativen zum nicht mehr vorhandenen Schredderplatz ausgelotet werden.

Herr Potthoff (SPD) schlug vor, den Antrag an den Gemeindevorstand zu überweisen bzw. dass das Parlament mit Beschluss den Gemeindevorstand beauftrage, entsprechende Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß des Antrages der CDU, den Gemeindevorstand zu beauftragen, ein Konzept vorzulegen, in dem Lösungsmöglichkeiten für die Astschnittabfuhr in der Gemeinde Weimar (Lahn) angeboten werden.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

#### **10. Initiativpapier zur Entwicklung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Region „Marburger Land“ im Landkreis Marburg-Biedenkopf**

Drucksache 00/19/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, berichtete, dass Bürgermeister Muth im Ausschuss den Sachverhalt dargelegt habe und dass die Mitgliedschaft im Verein „Lahn-Dill-Bergland“ vorzeitig zum 31.12.2006 gekündigt und dieser Kündigung zugestimmt wurde.

Die Region Marburger Land solle gegründet werden, um Fördermöglichkeiten zu eröffnen.

Der Vorsitzende erklärte weiter, dass die CDU-Fraktion an der Abstimmung nicht teilnehmen wollen, da für sie noch Beratungsbedarf bestand. Sie habe daher auf Bitten zur Abstimmung den Sitzungsraum verlassen.

Das Initiativpapier und ein Satzungsentwurf sowie ein entsprechender Beschlussvorschlag habe dem Ausschuss vorgelegen.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, den vorliegenden und im Ausschuss beratenen Beschlussvorschlag zu übernehmen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt,

- 1) das vorliegende Initiativpapier zur Gründung der Region Marburger Land für das Gebiet der Gemeinden/Städte Ebsdorfergrund, Fronhausen, Weimar und Amöneburg und der Stadt Marburg mit Ausnahme der Stadtteile Cappel, Marbach und Wehrda einschließlich eines Satzungsentwurfes für einen gemeinnützigen eingetragenen Verein zur Kenntnis zu nehmen;
- 2) Die Gemeindevertretung beschließt, der in Gründung befindlichen neuen Region Marburger Land beizutreten, sofern eine Anerkennung als Region durch das Land Hessen erfolgt.
- 3) Zu diesem Zweck sollen die vorliegenden Unterlagen von den beteiligten Kommunen mit inhaltlich gleichlautenden Beschlüssen der Vertretungsorgane gemeinsam an das zuständige Ministerium geleitet werden mit der Bitte, die Erstellung eines für die Anerkennung als neue Region erforderlichen Regionalen Entwicklungskonzeptes finanziell zu unterstützen.
- 4) Parallel dazu soll der Entwurf einer Satzung für einen gemeinnützigen Verein zwischen den beteiligten Kommunen endverhandelt werden.

**Beratungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 12 Stimmenthaltungen

## **11. Planung des Kindergartenneubaus in Niederweimar**

### **Beratung und Beschlussfassung über die alternativen Planungen**

Drucksache 40/31/2006/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass die Angelegenheit zwar im Ausschuss beraten wurde, das Ergebnis aber nicht sehr ergiebig war.

Frau Schneider monierte den Informationsfluss zwischen Verwaltung und den Gremien. Sie forderte daher erneut einen runden Tisch, an dem der Träger, die Eltern, die verantwortlichen Politiker an der Entwicklung eines Konzeptes arbeiten und gemeinsam um die beste Variante um Konzept, Trägerschaft und Neubau zu diskutieren.

Auf Unverständnis sei bei ihr die Aussage des Bürgermeisters im Ausschuss gestoßen, dass dieser TOP abgesetzt werden sollte, da es angeblich keine neuen Erkenntnisse gebe. So habe sie von potenziellen Trägern erfahren, dass es aufgrund mangelnder Zusammenarbeit mit der Gemeinde an einer Trägerschaft kein Interesse gebe. Ihrer Meinung nach hätte diese Information im Ausschuss bekanntgegeben werden können.

Sie hoffe jetzt auf eine konstruktive und faire Auseinandersetzung im Kuratorium Kindergarten Niederweimar, welches nächste Woche tage. Dort werde der neue Entwurf einer kirchlichen Trägerschaft vorgestellt.

Die stellvertretende Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Frau Sauer, erklärte, dass der Bürgermeister in der

Sitzung des Ausschusses erklärt habe, dass kein aktueller Beratungsstand vorläge und es daher wenig Sinn mache, über etwas zu beraten, von dem man noch nicht wisse, ob es noch andere Möglichkeiten gebe. Der Tagesordnungspunkt sei daher abgesetzt worden.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Stephan Wenz, fragte Frau Schneider, ob ihre Ausführungen der Bericht aus dem Ausschuss sei oder sie ihre persönliche Meinung bekanntgegeben habe.

Frau Schneider erklärte, dass ihre Erklärung beides beinhalte.

Bürgermeister Muth erwiderte auf die Ausführungen von Frau Schneider, dass es eine Info-Veranstaltung zum Thema „Kindergarten gegeben habe, zu der alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter eingeladen waren. An dieser Diskussion hätten sich Erzieherinnen, Parlamentarier und Bürger beteiligt. Aus dieser Bürgerversammlung sei die Intension entstanden, zu prüfen, welche Möglichkeiten es hinsichtlich des Standortes für den Neubau und der Aufrechterhaltung des Kindergartenbetriebes während der Bauphase mit dem Wissen, dass die Freifläche durch die Baumaßnahme erheblich tangiert werde, gebe. Der Architekt habe verschiedene Entwürfe vorgestellt und die Anregungen aus der Versammlung, evtl. auch auf eine Containerlösung abzustellen, aufgenommen. Hierdurch könnte die Bauzeit verkürzt werden und das neu zu errichtende Gebäude am alten Standort entstehen. Für ihn sei das ein sinnvoller Vorschlag. Diese Variante sei auch der Grund dafür gewesen, dass diese Thematik in den zuständigen Ausschüssen zunächst noch nicht weiter zu behandeln sei, da der letzte Kenntnisstand hinsichtlich weiterer Möglichkeiten noch fehle. Der Architekt prüfe derzeit die Möglichkeit der Containerlösung mit allen möglichen Vor- und Nachteilen. Nach wie vor gelte seine Zusage, umgehend nach Vorliegen diskutabler Ergebnisse die gemeindlichen Gremien zusammenzurufen und entsprechende Beratungen aufzunehmen.

Der Fraktionsvorsitzende der FBW, Herr Hans J. Heuser, verwies auf den Antrag der CDU-Fraktion mit dem Auftrag, dass spätestens in der Weihnachtssitzung des Parlamentes über die Trägerschaft des Kindergartens Niederweimar entschieden werden solle. Er würde gerne wissen, ob es möglich sei, bis Weihnachten diese Entscheidung zu treffen, da nach seiner Meinung die Frage der Trägerschaft unabhängig sei von der Planung.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass der Gemeindevorstand bisher noch keine Einigung hinsichtlich einer Trägerschaft erzielt habe. Nach der Sitzung des Kuratoriums könne weiter über die Angelegenheit beraten werden. Ein entsprechender Beschluss des Gemeindevorstandes werde dann umgehend im Parlament vorgelegt.

**Beratungsergebnis:** Ohne Abstimmung

## **12. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand; Bericht des Bürgermeisters**

- a) Der Auftrag für die Reinigung der Straßeneinläufe wurde zum Angebotspreis in Höhe von 4.000,-- € an den Dienstleistungsbetrieb Marburg erteilt.

- b) Beschluss über Betreuungsverträge entsprechend der geltenden Rechtslage mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten der ab dem 01.01.2007 neu aufzunehmenden Kindergartenkinder.
- c) Beschluss über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 3.000,-- € für den Ersatz von Einsatzkleidung für die Freiwillige Feuerwehr.
- d) Beschluss über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 8.981,05 € für die Planung/Ausbau des Baugebietes „Unterm Hundsrück“.
- e) Beschluss des Entwurfs der Vergaberichtlinien
- f) Beschluss zur Ausweisung einer weiteren Sportfläche im OT Niederweimar zum Regionalplan.
- g) Beschluss über die Ganztagsbetreuung für die Kinder im Grundschulalter (6-12 Jahre) in den Winterferien.
- h) Beschluss über eine 3-wöchige Schließung aller kommunaler Kindergärten ab dem Jahre 2007 in den letzten 3 Wochen der Sommerferien.
- i) Beschluss zu einer Befreiung des Baugrenzverlaufs im B-Plan Nr. 11.3 „Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach“ im Rahmen des geplanten Bauvorhabens einer ortsansässigen Firma.
- j) Beschluss über die Bereitstellung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes zum Ausbildungsbeginn 2007
- k) Beschluss über den Austritt aus dem Verein Lahn-Dill-Bergland e.V.
- l) Neubau einer Destillieranlage und Wohnhaus in Weimar OT Wenkbach,
- m) Mitteilung der Bestätigung über die Beendigung der Mitgliedschaft im Verein Lahn-Dill-Bergland e.V.
- n) Das Hessische Innenministerium hat der beantragten Verschiebung der Auszahlung des Landeszuschusses für das TLF 20/24-Tr für 2007 zugestimmt.
- o) Die Amtszeit des Ortsgerichtsvorstehers Weimar I ist zum 29.08.2006 abgelaufen, es sei dringend ein neues Mitglied vorzuschlagen.
- p) Beschluss über den Entwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm).
- q) Beschluss auf Dienstbefreiung einer Beamtin für die Wahrnehmung einer Nebentätigkeit als ehrenamtliche Dozentin
- r) Windkraftanlage Nesselbrunn, der Ortsbeirat ist zunächst anzuhören.
- s) Errichtung einer Produktionshalle einer ortsansässigen Firma im Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach
- t) Der Landrat als Aufsichtsbehörde habe mit Schreiben vom 02.11.2006, eingegangen am 20.11.2006, mitgeteilt, dass die gegen ihn erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde hinsichtlich angeblicher Verfehlungen im Zusammenhang mit der Angelegenheit des „Mobilfunkmastes Niederweimar“ geklärt wurde und ihm keine Verfehlungen hinsichtlich des Verfahrensablaufes zur Last gelegt werden könne.
- u) Auf Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2006 werde für die 3. Weihnachtsferienwoche Ferienbetreuung angeboten. Alle zur Verfügung gestellten Plätze seien belegt.

- v) Bürgermeister Muth sprach den Besuch der Delegation aus Weimar bei der Partnergemeinde Slupca in Polen an. Die Initiatorin, Frau Heike Sauer, werde hierzu noch berichten. Die Fahrtkosten für die Überbringung der Spenden hätten sich die CDU-Fraktion, er, der Bürgermeister und Frau Sauer geteilt.
- w) Am 10.11.2006 hätten einige betroffene Eltern des Kindergartens Niederweimar insgesamt 289 Unterschriften zum Erhalt der kirchlichen Trägerschaft für den Kindergarten Niederweimar überbracht.

Diese übergab der Bürgermeister anschließend an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

### 13. Anfragen

#### a) Schriftliche Anfrage des Gemeindevertreters Winfried Laucht, FBW, vom 09.11.2006 zur Arbeitsgruppe 2020

Herr Winfried Laucht (FBW) trug seine schriftlich vorliegende Anfrage vor: In der 2. Sitzung der Gemeindevertretung, am 08.06.2006, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion die Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe beschlossen. Diese Arbeitsgruppe sollte sich, in Verbindung mit der Gemeindeverwaltung, mit den Auswirkungen des demokratischen Wandels beschäftigen und entsprechende Zahlen erarbeiten. Bis auf die Benennung der Mitglieder dieser Arbeitsgruppe durch die Fraktionen sei offensichtlich bis heute nichts passiert. Dies sei besonders traurig, da insbesondere auch die Kindergartensituation von dieser Entwicklung betroffen sei und wesentliche Erkenntnisse zur weiteren Planung hilfreich sein könnten. Er bitte um Mitteilung, wie das weitere Vorgehen geplant sei. Inzwischen sei, so Herr Laucht weiter, ein Termin von der SPD-Fraktion hinsichtlich der Terminierung einer konstituierenden Sitzung bekanntgegeben worden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, gab die Chronologie des bisherigen Ablaufes der Angelegenheit bekannt:

- 08.06.2006 Beschlussfassung
- 12.07.2006 Schreiben an die Fraktionen, mit der Bitte, Mitglieder für die Arbeitsgruppe zu benennen.
- 21.08.2006 E-Mail an die benannten Mitglieder, dass in Absprache mit der antragstellenden Fraktion in der Gemeindevertretersitzung am 07.09.2006 die weitere Vorgehensweise abgesprochen werden soll.
- 15.09.2006 E-Mail an die benannten Mitglieder mit der Übersendung der statistischen Daten.
- Ende Okt. 2006 Mitteilung an die Arbeitsgruppenmitglieder, dass die Angelegenheit an die antragstellende Fraktion zurückgegeben wurde.

Herr Knobloch (SPD) teilte mit, dass die 1. Sitzung der Arbeitsgruppe am 06.12.2006, 19.00 Uhr, im kleinen Saal im Rathaus, stattfindet.

- b) Frau Krantz (CDU) erkundigte sich nach dem Jugendbeirat. Sie wollte wissen, ob er noch existiere und ob Sitzungen in diesem Jahr stattgefunden hätten.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass nach seinem Kenntnisstand alle Bemühungen des Jugendpflegers, Jugendliche für die Tätigkeit im Jugendbeirat zu motivieren, fehlgeschlagen seien. Es tate daher derzeit kein Jugendbeirat.

- c) Frau Sauer (CDU) erklärte, dass das Gelände des Friedhofes im OT Roth aufgefüllt und terrassenförmig angelegt worden sei. Es gebe ca. 5 Gräber, bei denen demnächst Grabsteine gesetzt werden sollen. Die Angehörigen hätten nun die Befürchtung, dass durch das Gewicht der Grabsteine das Gelände abrutschen könne. Es stelle sich die Frage, ob eine Hangbefestigung möglich und notwendig sei.

Bürgermeister Muth antwortete, dass der Sachverhalt geprüft werde, wenn diese Befürchtungen vorlägen. Ihm liege die Information vor, dass sein Amtsvorgänger gesagt habe, dass dieser Hang nicht rutschen könne. Er bat jedoch die Angehörigen, die Steinmetze darauf hinzuweisen, bei der Anbringung der Fundamente hinsichtlich des Bodens besondere Sorgfalt walten zu lassen.

- d) Frau Wege (CDU) sprach die Bürgerversammlung im OT Niederwalgern an, in der auch der Beschluss des Ortsbeirates zur Sprache kam, der eine Einführung der Gebührenpflicht für die Park & Ride-Anlage ablehne. Der Bürgermeister habe in der Versammlung mitgeteilt, der Ortsbeirat habe mit falschen Zahlen hinsichtlich der Einführung der Gebührenpflicht gearbeitet. Sie frage daher an, ob dem Ortsbeirat aktuelle Zahlen zur Verfügung gestellt werden können.

Dies sagte Bürgermeister Muth zu, er bat jedoch noch um ein wenig Geduld, sobald die Zahlen vorlägen, würden sie dem Ortsbeirat zur Verfügung gestellt.

- e) Herr Potthoff (SPD) wies darauf hin, dass die notwendige 1. Hilfe-Ausstattung im Bürgerhaus Niederweimar, speziell in der Turnhalle, nicht oder nicht vollständig vorhanden sei. Er bat hier um Abhilfe.

Bürgermeister Muth antwortete, dass er für Detailinformationen sehr dankbar sei. Die Halle werde jährlich überprüft hinsichtlich des Feuerschutzes. Es habe Beanstandungen gegeben hinsichtlich der Abluftanlage und die Feuerschotte betreffend. Aussagen zu einer mangelhaften 1. Hilfe-Ausstattung habe es bisher nicht gegeben. Er sagte eine Überprüfung zu.

- f) Herr Gunter Heuser (FWB) bezog sich auf die Haushaltsrede des Bürgermeisters, wonach im Vermögenshaushalt 68.000,-- € für die Friedhofshalle Niederwalgern eingestellt wurden.

Bürgermeister Muth erklärte, dass bei dem schwebenden Verfahren alles auf einen Vergleich hinauslaufe. Da die Gemeinde die Kosten vorstrecken müsse, sei es notwendig geworden, den Betrag in den Haushalt einzustellen.

- g) Herr Potthoff (SPD) fragte den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, ob es zutreffend sein, dass nach wie vor Voraussetzung für das Innehaben eines Mandates der Hauptwohnsitz in einer Gemeinde sei und wie das geprüft werde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bestätigte diese Bestimmung, die nach wie vor gelte.

- h) Frau Heike Sauer (CDU) berichtete von der Spendenaktion und der Fahrt zur Partnergemeinde Slupca nach Polen. Mit einem privat zur Verfügung gestellten 7,5-Tonnen-LKW habe man die gespendeten Gegenstände, die hauptsächlich aus Spielsachen und Kleidungsstücken bestanden, dort hin gebracht. Die Gruppe sei nicht angemeldet gewesen, so dass die Bürgermeisterin nicht wusste, dass der Konvoi komme. Um so überraschter und gerührter seien die Überbringer gewesen, wie herzlich man aufgenommen wurde und in welcher Geschwindigkeit sich Personen aus der Partnergemeinde, hauptsächlich seien es Landfrauen gewesen, um die Verteilung der Spenden gekümmert hätten. Alle Dinge seien dankbar angenommen worden.

Frau Sauer berichtete, dass ein weiterer Transport bereits geplant sei, bei dem hauptsächlich Schulmöbel überbracht werden sollen.

#### **14. Verschiedenes**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab folgende Termine bekannt:

- 11.12.2006 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
- 12.12.2006 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss,
- 13.12.2006 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss
- 21.12.2006 Gemeindevertretung (19.00 Uhr im Bürgerhaus Wenkbach)

Die Sitzungstermine für das Jahr 2007 seien bereits an die Fraktionsvorsitzenden verschickt worden.

Weitere Termine:

- 02.12.2006 Weihnachtsmarkt an der Milchbank im OT Niederwalgern,
- 10.12.2006 Weihnachtsmarkt am Rathaus,
- 31.12.2006 Silvesterschau der Rassegeflügelzüchter Niederwalgern in der Vereinshalle in Wenkbach.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung wünschte allen Anwesenden eine besinnliche Vorweihnachtszeit und schloss die Sitzung.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr

Der Vorsitzende:

( Heijo Hoß )

Die Schriftführerin:

( Rita Rohrbach )